



120/2012

Kiel, 12. November 2012

Fördervertrag mit deutscher Minderheit vor Unterzeichnung

Kiel (SHL) – Der erste Fördervertrag zwischen dem Land Schleswig-Holstein und der deutschen Minderheit in Dänemark steht vor der Unterzeichnung. „Ich gehe davon aus, dass die Landesregierung Ende November unterschreiben kann“, sagte der Vorsitzende des Nordschleswig-Gremiums, Landtagspräsident Klaus Schlie, auf der 70. Sitzung des Gremiums heute Kiel. Zurzeit werde in den Ministerien noch an juristischen Feinheiten des Vertrages gearbeitet. Der 28. November ist als Termin für die Unterzeichnung vorgesehen.

Mit dem Vertrag wird das Land Schleswig-Holstein erstmals die Fördermittel für den Bund Deutscher Nordschleswiger (BDN), der Vertretung der rund 15.000 Mitglieder zählenden Volksgruppe im Süden Dänemarks, auf vier Jahre festschreiben. So sollen die Gesamtfördermittel von derzeit 1.759.000 Euro in den Jahren 2013 bis 2016 stetig ansteigen. Die genaue Fördersumme wird im Zuge der Haushaltsberatungen im Januar entschieden. Die vom Bund der Nordschleswiger gewünschte Möglichkeit, Fördermittel eines Jahres bei Bedarf in das kommende Jahr zu übertragen, kann aus formalen Gründen nicht im Vertrag geregelt werden. Das müssen im Anschluss an die Unterzeichnung noch die Landespolitiker entscheiden. „Diese notwendige Flexibilität kann nur durch den Landtag über einen entsprechenden Haushaltsvermerk erreicht werden“, betonte Klaus Schlie im Hinblick auf die Haushaltsberatungen im Dezember. In Dänemark sei diese Praxis bei öffentlichen Finanzierungen üblich und für die Minderheit notwendig, sagte Hinrich Jürgensen, der Hauptvorsitzende des BDN. „Ich freue mich, dass wir nach mehr als einem Jahr Vorbereitung nun bald Planungssicherheit für unsere Kulturarbeit haben werden“, sagte Jürgensen.

Mit der Idee des Fördervertrages hatten der ehemalige Landtagspräsident Torsten Geerds und Landtagsdirektor Prof. Dr. Utz Schliesky im August 2011 erstmals einen neuen Weg in der Minderheiten-Förderung eingeschlagen. Am 9. Dezember 2011 stimmten die Mitglieder aller Fraktionen im Nordschleswig-Gremium einstimmig für den Entwurf.